

An die
Mitglieder des Gesundheitsausschusses
des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1

11011 BERLIN

Betrifft: Auswirkungen der Gesetzesänderungen auf psychotherapeutische Praxen

Sehr geehrte Mitglieder des Gesundheitsausschusses!

Ich schreibe Ihnen als Teil des Kollegennetzwerkes, einer Netzwerkgruppe mit berufspolitischer Diskussionsplattform mit ca. 9.000 Mitgliedern, was ungefähr 30 % aller niedergelassenen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten entspricht. Das Netzwerk hat sich innerhalb eines Jahres in Reaktion auf das eHealth-Gesetz gebildet und wächst weiter.

Die schon in Kraft getretenen (eHealth-Gesetz) und geplanten (Terminservice- und Versorgungsgesetz TSVG) Reformen im Gesundheitswesen werden erhebliche Auswirkungen auf meine psychotherapeutische Tätigkeit haben.

Wir Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen haben uns im Laufe der Jahre eine wichtige Funktion im Gesundheitssystem hart erarbeitet. Unser Ansehen in der Bevölkerung ist hoch, unsere Praxen sind voll. Für viele Menschen in unserer in etlichen Bereichen seelenlos gewordenen Gesellschaft (auch in der Medizin!) ist der

Weg in die Psychotherapie ein Ausweg aus Hilflosigkeit, Ohnmacht und Verzweiflung. Dabei fallen die Kosten für Psychotherapie im Gesamtbudget des Gesundheitswesens mit gerade einmal 0,4 % äußerst gering aus.

In der Psychotherapie erfahren die Menschen Mitgefühl, menschliche Zuwendung, emotionale Unterstützung und Verständnis - die Grundlage dafür, wieder zu sich selbst zu finden, neue Kraft zu schöpfen und Lösungen zu entwickeln. Dieser Prozeß setzt Vertrauen voraus, das erst einmal aufgebaut wird. U.a. deshalb brauchen Psychotherapien Zeit und dauern lange. Wir haben, mittlerweile als nahezu einzige Berufsgruppe im Gesundheitswesen, noch Zeit für unser Klientel und bieten eine verlässliche, langfristige Beziehung an. Wir sind unabhängig von den Zwängen, denen unser Klientel oft unterworfen ist, und können deshalb neutral beraten.

Die jetzigen Reformen gefährden genau diese für Heilung notwendigen Bedingungen in unerhörter Weise. Der nur schleppend in die Umsetzung kommende Aufbau der Telematik-Infrastruktur kostet uns Zeit, Nerven und die Versichertengemeinschaft Milliarden. Der Gewinn für unsere Kerntätigkeit ist gleich Null. Im Gegenteil höhlt die Zwangsanbindung an die Telematik die für unsere Arbeit so wichtige Schweigepflichtung aus mit unwägbareren Risiken für die Zukunft. Auch die jetzt gewährte erneute Fristverlängerung für die Anbindung um ein weiteres halbes Jahr macht in der Sache selbst nichts besser.

Die im Service- und Versorgungsgesetz geplante Ausweitung von Sprechstunden auch auf psychotherapeutische Praxen bringt weitere Engpässe, verlässliche therapeutische Beziehungen aufzubauen. Die Wartezeiten auf Langzeittherapieplätze werden sich noch weiter ausdehnen.

Statt das Naheliegende zu tun, nämlich flächendeckend Akuteinrichtungen zu schaffen, die in guter Weise mit den ambulanten Behandlungen vernetzt sein sollten, werden alle Niedergelassenen mit Anforderungen überzogen, die sie nicht oder nur unzureichend erfüllen können.

Damit wird in der gesamten Berufsgruppe Unmut geschaffen und Widerstand aufgebaut. Das kennen wir bestens aus therapeutischen Prozessen: Gegen Widerstand lässt sich keine konstruktive Therapie entwickeln. Für gute, demokratische Lösungen braucht es die Zustimmung der Beteiligten für Reformen. Das bedeutet, uns Psycho-

therapeuten und -therapeutinnen mit ins Boot zu nehmen und unsere fundierten Erfahrungen zu nutzen.

Mit einer restriktiven Vorgehensweise erreicht die Politik uns Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ganz sicher nicht. Unsere Arbeit zielt darauf ab, den Menschen ihre Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit bewußt zu machen und diese hilfreich, auch zum Gemeinwohl, einzusetzen. Wenn uns selbst diese Eigenverantwortlichkeit in unserem beruflichen Tun nun durch Setzungen genommen wird, geht es an die Substanz unserer beruflichen Kompetenz.

Wir sind in der Mehrheit sehr lebens- und berufserfahren, haben zeit- und kostenintensive Aus- und Weiterbildungen durchlaufen und kennen unsere Möglichkeiten und Grenzen in der Berufsausübung ziemlich genau.

Deshalb bitte ich Sie, Ihren Einfluß auf die Gesundheitspolitik und die derzeitigen Gesetzesvorhaben einzusetzen und die Psychotherapeutenchaft in die künftige Gestaltung aktiv mit einzubeziehen.

Gerade unsere sich im raschen Wandel befindliche Gesellschaft braucht Elemente, die Bewährtes und Ruhe bewahren, die Stabilität vermitteln und im Strudel ständiger Neuerungen Halt und Zuversicht bieten.

"Wer die Hoffnungsfähigkeit in den Psychotherapeuten zerstört, zerstört humanitäre Substanz, die er für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft dringend benötigt."

(Dipl.-Psych. Adelheid Blome, Psychologische Psychotherapeutin)

Mit freundlichen Grüßen